Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2048

25. 10. 82

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zum Kampf gegen eine übermäßig starke Zusammenballung in den Städten und zur Förderung einer institutionellen Dezentralisierung durch eine Raumordnung auf europäischer Ebene und den Einsatz moderner Verkehrs- und Kommunikationsmittel

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

in Kenntnis des von den Herren Caillavet und Pflimlin eingereichten Entschließungsantrags (Dok. 1—804/80),

in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Regionalpolitik und Raumordnung und der Stellungnahme des Verkehrsausschusses (Dok. 1—295/82),

A. mit dem Hinweis, daß in mehreren Mitgliedstaaten die übermäßige administrative und politische Zusammenballung — ein Überbleibsel des 19. Jahrhunderts — zu einer verstärkten städtischen und industriellen Ballung in den Hauptstädten und Großstädten auf Kosten anderer Ortschaften und Regionen geführt hat, wobei diese Entwicklung ein schädliches Ungleichgewicht in den betreffenden Ländern geschaffen hat,

B. in der Erwägung, daß der Kampf gegen diesen gefährlichen Trend sich in bestimmten Staaten bereits in Bemühungen um eine Dezentralisierung niederschlägt, indem bestimmte wichtige Entscheidungszentren und Dienstleistungstätigkeiten verlegt werden, die bislang in den Hauptstädten oder den Großstädten konzentriert waren,

1. unterstreicht, daß in einem Europa, das auf dem Weg zu seiner Einigung ist, die nachteiligen Folgen einer übermäßigen Zusammenballung vermieden werden müssen, damit nicht europaweit Strukturen geschaffen werden, die heute auf nationaler Ebene bereits überholt sind;

2. ist der Auffassung, daß die Europäische Gemeinschaft vor einem sich abzeichnenden Wildwuchs bewahrt werden muß und daß es daher vordringlich erscheint, sie mit einer dezen-

---

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments — 00404915 — vom 22. Oktober 1982.

Das Europäische Parlament hat die Entschließung auf seiner Tagung im Oktober 1982 angenommen.

tralisierten wirtschaftlichen, politischen und administrativen Struktur auszustatten;

3. ist überzeugt, daß zunächst durch die Verbesserung der bestehenden Verkehrs- und Kommunikationsnetze und später durch die Einführung neuer Technologien in diesem Bereich die kohärente Entwicklung dieser dezentralisierten Struktur erleichtert wird;

4. ersucht daher die Kommission, bei der Gruppe der zehn Eisenbahnunternehmen der Gemeinschaft darauf hinzuwirken, daß durch bessere Fahrplangestaltung, höhere Fahrtgeschwindigkeit der Züge und den Einsatz von modernen Schnellzügen die Eisenbahnverbindung von Brüssel nach Straßburg über Luxemburg verbessert wird; dabei darf jedoch die dadurch entstehende finanzielle Belastung der betroffenen Eisenbahngesellschaften nicht außer acht gelassen werden;

5. weist darauf hin, daß das Europäische Parlament in einer am 7. Mai 1981 angenommenen Entschließung „die große Bedeutung hervorhebt, die ein gut funktionierendes Verkehrssystem für die Integration aller Regionen der Gemeinschaft hat . . ." (Ziffer 2);

6. unterstreicht, daß Europa, abgesehen von den Problemen im Zusammenhang mit dem Verkehr und den Kommunikationen zwischen den Arbeitsorten der europäischen Institutionen, moderne und rasche Verkehrs- und Kommunikationsmittel erwerben muß, die nicht allein auf die Hauptstädte der Mitgliedstaaten ausgerichtet sein dürfen, da dieses dezentralisierte Verkehrsnetz europaweit eine verbesserte Raumordnung in Aussicht stellt, indem der Tendenz zur übermäßigen Zusammenballung der Aktivitäten in den Hauptstädten und Großstädten entgegengewirkt wird;

7. hält es mithin für notwendig, daß die Kommission im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrsinfrastrukturpolitik Verkehrs- und Kommunikationsvorhaben prüft und unterstützt, die fortschrittliche Technologien anwenden; ist jedoch der Ansicht, daß ein endgültiges Votum für eine Transporttechnik von einer gründlichen Analyse der Vor- und Nachteile der verschiedenen Technologien abhängig gemacht werden muß;

8. bemerkt, daß die Entwicklung der Verkehrsachse Brüssel — Luxemburg — Straßburg eine Dezentralisierung weg von den zentralen Regionen einleitet und die Entwicklung in die Randregionen trägt; empfiehlt, diese „regionalisierte" Verkehrslinie in das europäische Netz der großen Verkehrsadern, die die Randgebiete mit den wichtigsten Zentren verbinden, zu integrieren und Anschlüsse an den Süden Frankreichs, Italien, Deutschland, die Pariser Region, die Niederlande, Irland, Griechenland, die beitrittswilligen Staaten Spanien und Portugal, und vor allem eine Erweiterung nach London über den Kanaltunnel vorzusehen;

9. betont ebenfalls den strukturschaffenden Einfluß dieser Verkehrsachse auf die durchquerten Grenzregionen, denen sie zu

einer Öffnung nach außen und zu neuen Entwicklungs- und Ausbaumöglichkeiten verhilft;

10. ist der Auffassung, daß diese Verkehrsachse so zum Symbol des politischen Willens wird, der europäischen Einigung näherzukommen, und zwar zum einen wegen der Beteiligung all ihrer Komponenten und zum anderen wegen der Beherrschung neuer Kommunikationstechniken;

11. erinnert daran, daß das Europäische Parlament im Haushaltsplan 1982 einen Betrag von 10 Millionen ERE für die finanzielle Unterstützung von Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen hat;

12. fordert zum wiederholten Male den Rat auf, so rasch wie möglich den Entwurf einer Verordnung anzunehmen, den die Kommission 1976 zur Frage der Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse vorgelegt hat und zu dem der Rat noch nicht Stellung genommen hat;

13. unterstreicht, daß mit der Durchführung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in von der Krise besonders betroffenen Regionen möglich wäre und auch ein Beitrag zur Aufrechterhaltung der Investitionstätigkeit geleistet werden könnte;

14. empfiehlt ebenfalls der Kommission, die neuen technischen Bedingungen im Bereich der Kommunikationen (Medien) zu prüfen, die jetzt schon die Durchführung von „Telekonferenzen" ermöglichen, d. h. Konferenzen, bei denen über Hunderte von Kilometern hinweg zwei Gruppen von Gesprächspartnern miteinander in Verbindung gebracht werden, die sich sehen, miteinander reden und einander ihre Dokumente vorlegen können, und zwar dank dem Kabelfernsehen, dem Video-Großschirm, um nicht von Teletex und den Möglichkeiten der Datenfernübertragung zu reden . . .;

15. betont, daß in den Schlußfolgerungen der Konferenz von GALWAY die „Auswirkungen auf die Umwelt" und die Übergriffe auf die offenen Flächen und ihre Rolle im ökologischen Gleichgewicht zwischen den Räumen durch den derzeitigen Trend zur Städteballung in Nordwest-Europa hervorgehoben und dazu, sei es auch nur um der wirtschaftlichen Rationalität willen, für eine ausgewogene Verteilung der Tätigkeiten in der gesamten Gemeinschaft plädiert wird;

16. unterstreicht ebenfalls, daß die Auffassung vertreten wird, daß in den Ballungsgebieten die „sozialen Grenzkosten für die Infrastruktur die sozialen Grenzerträge überschreiten können, zumal wenn man die Kosten der den Bewohnern zugemuteten Stauung und die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt"; in den sehr verstädterten Zonen treten eine Reihe von Problemen auf, wie die regelmäßige Erhöhung der Grundstückspreise, der Bauwerke (Tunnel, Viadukte, S-Bahn usw.), eine Überlastung des Verkehrsnetzes,

eine Überlastung der sozialen Infrastruktur (Krankenhäuser, Altersheime, Kindertagesstätten usw.); Umweltprobleme (Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung, Mangel an Grünflächen und Erholungsgebieten), was auf Kosten der Gesundheit und des Wohlbefindens der Einwohner geht;

17. erkennt im übrigen an, daß eine funktionelle und geschickte räumliche Aufteilung der Entscheidungszentren in Europa eine deutlichere Hinwendung zur europäischen Realität bewirken würde und der Verbreitung des Europäischen Gedankens bei der Bevölkerung förderlich wäre;

18. ist davon überzeugt, daß die Verbreitung der Information nach allen Zentren in Europa zu einem Zeitpunkt unerläßlich ist, da wir unser Wissen direkt aus dieser Information beziehen; möglich wird dies durch eine neue Technologie im Bereich der Kommunikation und des Verkehrs;

19. erinnert schließlich daran, daß das Europäische Parlament, das wiederholt die Einführung einer globalen Raumordnungspolitik gefordert hat, sich selbst gegenüber konsequent sein muß und unter Berücksichtigung der neuen Möglichkeiten, die die modernen Verkehrs- und Kommunikationstechnologien (Medien) bieten, in geeigneten Fällen eine stärkere Dezentralisierung in Wirtschaft, Politik und Verwaltung empfehlen sollte;

20. fordert die Kommission folglich auf, dem Europäischen Parlament eine Untersuchung über das Europole-Projekt und die neuen Möglichkeiten im Verkehrs- und Kommunikationsbereich vorzulegen;

21. ist der Ansicht, daß diese Entschließung der Entscheidung über den Sitz der Institutionen in keiner Weise vorgreift;

22. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie zur Information den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333